

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

28.06.2023

Inhalt

EWN

1 Wohin mit dem hochradioaktiven Abfall aus Halle 8? <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 28.06.2023</i>	3
2 Ökonom: LNG-Terminal auf Rügen nicht sinnvoll <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 28.06.2023</i>	5
3 Ein Verkehrstest für Castor-Transporte nach Ahaus <i>Bocholter-Borkener Volksblatt, 28.06.2023</i>	6
4 Atom-Protest gegen Testfahrten <i>Münstersche Zeitung Münster, 28.06.2023</i>	7

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 28.06.2023 | S. 3

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

👤 Udo Roll

Wohin mit dem hochradioaktiven Abfall aus Halle 8?

Wie aufwendig und teuer die Entsorgung von Atommüll ist, zeigt sich beim Rückbau des Kernkraftwerks Lubmin

„VORSICHT! ERHÖHTE STRAHLUNG“, warnt ein Schild auf der Glasscheibe. In dem Raum dahinter stehen gelbe Fässer. Caissons werden die Spezialkabinen für die Bearbeitung radioaktiver Stoffe genannt. „Darin herrscht Unterdruck, damit die radioaktiven Partikel in der Luft nicht nach außen dringen können“, erklärt der Sprecher vom **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)**, Kurt Radloff.

Im Zwischenlager Nord in Lubmin (Vorpommern-Greifswald) zur Aufbewahrung von schwach-, mittel- und hochradioaktivem Abfall wurden vier solcher Caissons eingerichtet. In der Kabine mit den gelben Fässern stehen eine Hochdruckpresse und eine Trocknungsanlage. Strahlender Müll aus dem ehemaligen Kernkraftwerk (KKW) bei Greifswald, wie etwa Isolierwolle, wird hier platzsparend buchstäblich platt gedrückt. Die scheibenförmigen Presslinge werden in 200-Liter-Fässer verpackt und dann in großen Containern gelagert.

Endgültig entsorgt werden soll der Atommüll aus dem Lager in Lubmin in der Schachanlage Konrad im niedersächsischen Salzgitter in 850 Metern Tiefe. Doch das geplante Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ist noch nicht fertig. Frühestens zu Beginn der 2030er-Jahre soll die Einlagerung in dem ehemaligen Eisenerzbergwerk beginnen.

18 Meter hoch und 241 Meter lang ist der Betonbau, in dem das radioaktive Material aus dem stillgelegten Kernkraftwerk übergangsweise gelagert wird. „Mit mehr als sieben Metern über dem Meeresspiegel sind die Unterbauten der Hallenbereiche ausreichend hoch gegen Hochwasser und ostseetypische Fluten angeordnet und geschützt“, heißt es dazu von **EWN**.

Geschützt wird das Atommüll-Zwischenlager in Mecklenburg-Vorpommern mit seinen acht Hallen aber nicht nur vor Naturgewalten. Der kameraüberwachte Komplex ist von hohen Zäunen umgeben und mit Anti-Terror-Betonsperren abgesichert. Wer die An-

lage betreten will, muss mehrere Sicherheitsschleusen passieren.

In Lubmin zeigt sich eindrucksvoll, wie aufwendig und teuer der Rückbau von Kernkraftwerken und die Entsorgung von Atommüll ist. Rund 240 Millionen Euro hat alleine der Bau des Zwischenlagers gekostet.

In den Hallen 1 bis 5 stapeln sich die blauen Container, die für den Schacht Konrad vorgesehen sind. In Halle 7 werden Großkomponenten wie die 21 Dampferzeuger aufbewahrt. Und dann ist da noch die Halle, in der bestrahlte Brennelemente aus den stillgelegten DDR-Kernkraftwerken bei Greifswald und aus dem brandenburgischen Rheinsberg in 74 Spezial-Sicherheitsbehältern gelagert werden. Die sogenannten Castor-Behälter sorgen für einen sicheren Einschluss der radioaktiven Materialien und halten laut **EWN** „selbst extremen äußeren Einwirkungen, wie z.B. einem Flugzeugabsturz“ stand. Zutritt zu Halle 8 hat aus Sicherheitsgründen nur ein begrenzter Personenkreis. Die Europäische Atomgemeinschaft „hat hier auch eine Kamera drin“, weiß Radloff.

Das Kernkraft-Nachspiel in Lubmin zieht sich bereits seit über 25 Jahren hin und wird wohl noch bis in die 2030er dauern. Das Kernkraftwerk war zwischen 1973 und 1990 am Netz und erbrachte einen Anteil von elf Prozent des Strombedarfs in der DDR. Nach dem Fall der Mauer wurde es wegen Sicherheitsbedenken abgeschaltet. Seit 1995 läuft der Rückbau schon, der wohl einen einstelligen Milliardenbetrag kosten wird. Steuergeld, **EWN** gehört dem Bund.

Eine entscheidende Entsorgungsfrage ist bis heute nicht geklärt: Wohin mit dem hochradioaktivem Abfall aus Halle 8? In Deutschland steht bislang kein Endlager für ausgediente Brennstäbe aus Atomkraftwerken zur Verfügung. Die Suche nach einer geeigneten Lagerstätte zieht sich bereits seit Jahren hin. Bis spätestens zur zweiten Jahreshälfte 2027 will die Bundesgesellschaft für Endlagerung einen Vorschlag zur Eingren-

zung der Suche auf bestimmte Regionen vorlegen.

Bislang sind 90 sogenannte Teilgebiete in Deutschland für ein Endlager im Gespräch. 54 Prozent der Fläche Deutschlands gelten demnach als für ein atomares Endlager geologisch geeignet. Wann ein Endlager aber tatsächlich betriebsbereit ist, bleibt nach wie vor unklar.

In Lubmin wird hingegen voraussichtlich Ende dieses Jahres wegen gesteigener Sicherheitsanforderungen ein neues Lagergebäude für die 74 Castoren aus Halle 8 gebaut. Bei den Planungen des Ersatztransportbehälterlagers geht man davon aus, dass durch die massive Baukonstruktion, die Dicke des Betons und Sicherung der Eingänge die Standsicherheit des Gebäudes auch im Falle eines Flugzeugabsturzes gewährleistet sei.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 28.06.2023 | S. 13

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

Ökonom: LNG-Terminal auf Rügen nicht sinnvoll

Binz. Der Wirtschaftswissenschaftler Christian von Hirschhausen hat sich kritisch zu den Plänen für ein Flüssigerdgas-Terminal auf Rügen geäußert. Der Bau zusätzlicher Anlagen und fester Terminals sei energie-wirtschaftlich weder sinnvoll noch notwendig, sagte er gestern bei einer Veranstaltung in Binz. Dies sei 2022 sinnvoll gewesen. Aber die Situation habe sich ent-spannt, und es sei keine Gasmangellage mehr zu be-fürchten. Auch die Pläne für ein großindustrielles Pro-jekt in Mukran mit einem Wasserstoffzentrum passten nicht in die Region, so Hirschhausen, der an der TU Berlin lehrt und Forschungsdirektor am Deutschen In-

stitut für Wirtschaftsforschung ist.

Bei der Veranstaltung in Binz machten sich mehre-re Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor Ort ein Bild. Dabei stand auch eine Exkursion zum Fähr-hafen Mukran auf dem Programm. Dort will der Bund schnell ein LNG-Terminal errichten und dafür das LNG-Beschleunigungsgesetz anpassen. Kritiker fürch-ten wegen des geplanten LNG-Terminals um die Um-welt und den für die Insel wichtigen Tourismus. *dpa*

 Bocholter-Borkener Volksblatt | 28.06.2023 | S. 23

 Auflage: 23.300 | Reichweite: 41.440

 von Stephan Rape

Ein Verkehrstest für Castor-Transporte nach Ahaus

Noch gibt es keine Genehmigung für Transporte von Jülich ins hiesige Zwischenlager. Doch für diese Woche sind erste Tests geplant.

Ahaus. Ob und wie ein möglicher Castortransport aus Jülich ins Zwischenlager nach Ahaus gelangen könnte, soll in dieser Woche getestet werden. Ein entsprechender Schwertransporter wird nach Ahaus fahren – testweise und ohne Ladung. Dabei sollen mögliche Wege und Flächen für einen denkbaren Atomtransport unter die Lupe genommen werden.

Neben öffentlichen Straßen geht es auch um das Gelände des Zwischenlagers: Dort würden verschiedene Rangierarbeiten geprobt, heißt es in einer Ankündigung der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) mit Hauptsitz in Essen. Kurz zuvor hatte die Bürgerinitiative (BI) „Kein Atom Müll in Ahaus“ die Test-Transporte öffentlich gemacht.

Dabei gehe es um die Praxis und nicht um theoretische Berechnungen oder Annahmen, erklärt Dr. David Knollmann, Pressesprecher BGZ – „das Rangieren kann man ja nur hier vor Ort testen“. Fest steht: Das oder die Fahrzeuge werden keinen Atom Müll transportieren. Auch betont Knollmann ausdrücklich, dass die Tests kein Hinweis darauf seien, dass tatsächlich einmal radioaktives Material von Jülich nach Ahaus transportiert werde. Für die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) sei der Transport und die Zwischenlagerung in Ahaus eine von zwei Varianten für die Entsorgung. Die andere Variante wäre der Neubau eines Zwischenlagers am Standort Jülich.

Die BGZ sei allerdings verpflichtet, alle Voraussetzungen zu schaffen, um die Jülicher Brennelemente sicher in Ahaus aufzunehmen, erläutert Knollmann. Da-

zu gehöre eben auch der Test der Verkehrswege, den die JEN nun beauftragt habe.

Test oder nicht: Die Bürgerinitiative läuft Sturm gegen das Vorhaben – wie auch generell gegen die Zwischenlagerung der Jülicher Brennelemente in Ahaus. „Die Bürgerinitiative ‚Kein Atom Müll in Ahaus‘ lehnt die Verbringung der Jülicher Brennelemente nach Ahaus ab“, schreibt die BI in einer Mitteilung. Die Brennelemente seien nicht endlagerfähig und müssten zunächst konditioniert werden. Ein Verfahren dafür existiere bisher nicht. In Ahaus könne eine Konditionierung nicht stattfinden. Verantwortlich für die Entwicklung eines solchen Verfahrens seien die Betreiber des stillgelegten Reaktors AVR in Jülich, berichten die Kritiker. „Daher wäre die einzig vernünftige Lösung, die Brennelemente in Jülich zu belassen, statt in den nächsten Jahren 152 Transporte durch NRW nach Ahaus zu veranstalten.“

Mitglieder der BI haben gestern Mittag vor Tobit in Ahaus gegen mögliche Transporte aus Jülich protestiert – am Kreisverkehr Schumacherring/Legdener Straße, der auf der angenommenen Route liegt. Die BI hatte am Rande der Fachtagung „Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle“ in Hannover von den Test-Transporten erfahren. Seit 2014 soll das Zwischenlager in Jülich geräumt werden, weil Nachweise zur Erdbbensicherheit fehlen. Die JEN sieht den Transport der 152 Castor-Fässer mit hoch radioaktiv strahlenden Brennelementekugeln als diejenige Option, die sich am schnellsten umsetzen ließe – und die damit am wahrscheinlichsten ist.

Atom-Protest gegen Testfahrten

Ahaus (epd) – Atomkraftgegner haben am Dienstag in Ahaus gegen Castor-Transporte durch NRW demonstriert. „Es muss endlich Schluss sein mit den Taschenrechnertricks beim Atommüll“, sagte Helge Bauer von der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“. Das planlose Hin- und Herschieben der radioaktiven Hinterlassenschaften lenke vom eigentlichen Problem ab. „Nicht nur die Genehmigungen für die bestehenden Zwischenlager laufen bald aus, sondern auch die Castoren selbst haben nur einen TÜV-Stempel für 40 Jahre“, warnte er. Schon jetzt wisse niemand, wie es in ihrem Inneren wirklich aussieht. Ein tiefengeologisches Lager für den Müll werde voraussichtlich erst im 22.

Jahrhundert zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung und das Land NRW versuchten seit zehn Jahren, die abgebrannten Brennelemente des Kugelhaufenreaktors AVR Jülich „irgendwohin abzuschleppen“, kritisierte Bauer. Anlass des Protestes waren Testtransporte mit leeren Castoren, die laut der Atomkraftgegner am Dienstag vom Zwischenlager Jülich zum Zwischenlager Ahaus rollen sollten. Für Donnerstag sei eine zweite Testfahrt geplant, mit der der ab 2024 geplante Transport nach Ahaus geübt werden soll. Ein Konzept für die sogenannte Endlagerung besteht in Deutschland noch nicht.